

Das neue Wasserhaushaltsrecht

WHG - Novelle 2010, Gewässerbenutzung - Ausbau

von
Dr. Günther-Michael Knopp

1. Auflage

Das neue Wasserhaushaltsrecht – Knopp

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

Wasserrecht



Verlag C.H. Beck München 2010

Verlag C.H. Beck im Internet:

www.beck.de

ISBN 978 3 406 60042 5

Knopp
Das neue Wasserhaushaltsrecht

beck-shop.de

beck-shop.de

Das neue Wasserhaushaltsrecht
beck-shop.de
WHG-Novelle 2010
Gewässerbenutzung · Ausbau

von

Dr. Günther-Michael Knopp

Ministerialrat a.D., Rechtsanwalt in Landshut



Verlag C.H. Beck München 2010

beck-shop.de

Verlag C.H. Beck im Internet:
beck.de

ISBN 978 3 406 60042 5

© 2010 Verlag C.H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck: Nomos Verlagsgesellschaft,
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Textservice Zink, 74869 Schwarzach

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Das Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts vom 31. Juli 2009 (BGBl. 2009 I S. 2585) als Artikel 1 des Gesetzes zur Neuregelung des Wasserrechts trat am 1. März 2010 in Kraft.

Das Gesetz ist das Ende eines langen Weges, an Stelle des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz) vom 27.7. 1957 mit seinen seitdem erfolgten 25 Änderungen das Wasserrecht in einem Buch II – Wasserwirtschaft – als Teil eines medienübergreifenden Umweltgesetzbuchs aufzunehmen. Den Büchern mit den speziellen Umweltmaterien sollten in einem Ersten Buch (I) – Allgemeine Vorschriften und vorhabenbezogenes Umweltrecht – die Grundlagen des Umweltgesetzbuchs vorgeschaltet werden.

Dieser Entstehungsweg von der Idee eines Umweltgesetzbuchs,

- angefangen vom Umweltbericht 1976 der Bundesregierung,
- dem Professorenentwurf 1990 eines Allgemeinen Teils eines Umweltgesetzbuchs,
- dem Gutachten von Rüdiger Breuer zum Deutschen Juristentag 1992, den Beratungen auf diesem Juristentag,
- dem Forschungsbericht Umweltgesetzbuch – Besonderer Teil – 1994,
- dem Umweltgesetzbuch-Entwurf 1998 der Unabhängigen Sachverständigenkommission beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit mit der Entwicklung einer medienübergreifenden „Vorhabengenehmigung“,
- der gemeinsamen Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung (2003–2004)

zur Föderalismusreform als Teil des Koalitionsvertrags vom 18.11. 2005 und die Abweichungsgesetzgebung auf der Grundlage der Grundgesetzänderung vom 28.8. 2006 für den Bereich des Wasserhaushalts bis zum heutigen Ende zeugt von einer seltenen Dramatik.

Dieser dramatische Werdegang zur Neugestaltung der Ordnung des Wasserhaushalts sollte nicht in Vergessenheit geraten, da er für das Verständnis der Neuordnung der Wassergesetzgebung und die Anwendung des neuen Rechts von entscheidender Bedeutung und deshalb mit ein Bestandteil dieses Buches ist.

Das Scheitern des Umweltgesetzbuchs (hierzu Randnummer 134) beruht sicher auf Mißverständnissen, insbesondere zum Sinn und Inhalt der integrierten Vorhabengenehmigung; ein Rechtsinstrument, das das Wasserwirtschaftungsermessen nicht beseitigt, wie es vom Bundesverwaltungsgericht herausgearbeitet wurde, und dennoch Verfahrensbeschleunigungen gebracht hätte.

Wolfgang Köck weist in seinem „Standpunkt“ „Nach dem Scheitern des UGB: Wie geht es weiter?“ in der Zeitschrift für Umweltrecht (2009, Seite 57/58) zum einen darauf hin:

Vorwort

„Auf dem Weg zur integrierten Vorhabengenehmigung ist bereits de lege lata eine große Strecke zurückgelegt. Die Vollendung war in greifbarer Nähe und ist leichtfertig verspielt worden.“

Zum anderen sprach er die gravierenden Auswirkungen des UGB-Scheiterns an:

„Dieses Vakuum könnte von einzelnen Ländern genutzt werden, um die bisherige gemeinsame Basis des Rahmenrechts zu verlassen. Geschieht dies, wird es dem Bund künftig große Mühen bereiten, wieder auf eine Vereinheitlichung hinzuwirken. Deshalb muss es jetzt vordringlich darum gehen, noch in dieser Legislaturperiode (die) sektoralen Gesetze durch den Gesetzgebungsprozess zu bringen.“

Dies war der Grund, warum noch am 19.6. 2009 und am 10.7. 2009 Bundestag und Bundesrat das Gesetz zur Neuregelung des Wasserrechts verabschiedeten. Dieses Gesetz musste schon deshalb neue Akzente setzen, weil das Wasserhaushaltsgesetz aus der Aufgabe der Rahmengesetzgebung zur Vollregelung gelangen musste. Der Inhalt enthält damit viele neue Akzente, die erst in der praktischen Anwendung voll zur Wirkung kommen. Insoweit ist es wertvoll und nützlich für den Praktiker, mit diesem Buch die Inhalte der Vorschriften des neuen WHG vorzustellen.

Landshut im März 2010

Der Verfasser

beck-shop.de

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XV
Literaturverzeichnis	XIX

Erster Teil

Der Weg zum neuen Wasserhaushaltsgesetz

A. Schwerer Anfang:

Der Versuch ein Umweltgesetzbuch zu verwirklichen	1
I. Die Vorgaben des Grundgesetzes vor der Grundgesetzänderung vom 28.8. 2006	1
II. Umweltbericht 1976 der Bundesregierung	2
III. Das Thema „Staatsaufgabe Umweltschutz“ auf der Staatsrechtslehrertagung 1979	3
IV. Umweltbericht 1990 der Bundesregierung	3

B. Professorenentwurf zu einem Umweltgesetzbuch	4
I. Entwurf des Allgemeinen Teils eines Umweltgesetzbuchs 1990 ...	5
II. Gutachten zum Deutschen Juristentag 1992 von Rüdiger Breuer	7
1. Das Gutachten von Rüdiger Breuer	7
2. Die Beratungsergebnisse des 59. Deutschen Juristentag	9
III. Forschungsbericht Umweltgesetzbuch – Besonderer Teil – 1994 ...	11
1. Die wasserrechtliche Erlaubnis und die Umweltbewilligung mit dem Bewirtschaftungsermessen der Wasserbehörde	11
a) Die wasserrechtliche Erlaubnis	12
b) Die Umweltbewilligung	12
2. Verzahnungen des Wasserrechts zum Immissionsschutz- und zum Naturschutzrecht	15
a) Immissionsschutzrecht	15
b) Naturschutzrecht	16
IV. Thesenpapier der Länderarbeitsgemeinschaft Wasser zur Fortentwicklung des Wasserrechts 1994	16

C. Der Umweltgesetzbuch-Entwurf 1998 der Unabhängigen Sachverständigenkommission	18
I. Vorhabengenehmigung	19
1. Einfache Vorhabengenehmigung	20
2. Planerische Vorhabengenehmigung	20
3. Gebundene Vorhabengenehmigung	21
II. Weitere neue Akzente für die Wassergesetzgebung	22
1. Vorsorgender Gewässerschutz	22
2. Kein Bewirtschaftungsermessen	23
3. Abwasserabgabe, Abgabe für Grundwasserentnahme	24
D. Der Weg zur Abweichungsgesetzgebung im Grundgesetz	25
I. Der schwere Anfang und das Umsetzungsgesetz vom 27.7. 2001 ...	25
1. Der schwere Anfang	25

Inhaltsverzeichnis

2. Das Gesetz zur Umsetzung der UVP-Änderungsrichtlinie, der IVU-Richtlinie und weiterer EG-Richtlinien zum Umweltschutz vom 27.7.2001	27
II. Von der Gemeinsamen Kommission bis zum Koalitionsvertrag 2005	28
1. Gemeinsame Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung (2003–2004)	28
2. Föderalismusreform als Teil des Koalitionsvertrags vom November 2005	29
E. Die Abweichungsgesetzgebung auf der Grundlage des Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes vom 28.8.2006	30
F. Versuch einer Neuordnung der Wassergesetzgebung auf der Grundlage des Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes vom 28.8.2006	34
I. Neuordnung im Rahmen eines Umweltgesetzbuchs	34
1. Vor der Anhörung der Länder und Verbände	34
a) Die integrierte Vorhabengenehmigung	35
b) Anwendungsbereich einer integrierten Vorhabengenehmigung	37
2. Fehlende Gesetzgebungskompetenz für ein Umweltgesetzbuch – Erstes Buch (I)	37
II. Anhörung der Länder und Verbände	38
1. Die integrierte Vorhabengenehmigung	39
a) Stellungnahme von Rüdiger Breuer	39
b) Stellungnahme von Michael Kloepfer	40
c) Stellungnahme von Dieter Sellner	40
d) Inhalt des wasserwirtschaftlichen Bewirtschaftungsermessens	40
2. Fortbestand alter Rechte und Befugnisse	41
3. Gewässerrandstreifen	42
III. Das Scheitern des Umweltgesetzbuchs	42
1. Der Einigungsversuch	42
2. Nach dem Scheitern des UGB: Wie geht es weiter?	43
3. Einbringung des Entwurfs eines Gesetzes zur Neuordnung des Wasserrechts im Bundestag	44
G. Gesetz zur Neuordnung des Wasserrechts vom 31.7.2009	44
I. Entwurf des Bundeskabinetts vom 11.3.2009	44
II. Zum Inhalt des Gesetzentwurfs	45
III. Beratungen des Bundestags und des Bundesrats	47

Zweiter Teil

Zum Inhalt des neuen Wasserhaushaltsgesetzes

A. Allgemeine Bestimmungen (§§ 1–5 WHG)	49
I. Zweck des Gesetzes (§ 1 WHG)	49
II. Anwendungsbereich (§ 2 WHG)	50
III. Begriffsbestimmungen (§ 3 WHG)	50
IV. Gewässereigentum, Schranken des Grundeigentums (§ 4 WHG)	51
1. § 4 Absatz 1 WHG	51
2. § 4 Absatz 2 WHG	51
3. § 4 Absatz 5 WHG	53
V. Allgemeine Sorgfaltspflichten (§ 5 WHG)	53

Inhaltsverzeichnis

B. Bewirtschaftung von Gewässern (§§ 6–49 WHG)	53
I. Gemeinsame Bestimmungen (§§ 6–24 WHG)	54
1. Allgemeine Grundsätze der Gewässerbewirtschaftung (§ 6)	54
a) § 6 Absatz 1 WHG	54
b) § 6 Absatz 2 WHG	55
2. Bewirtschaftung nach Flussgebietseinheiten (§ 7 WHG)	55
3. Erlaubnis, Bewilligung (§ 8 WHG)	56
4. Benutzungen (§ 9 WHG)	56
5. Inhalt der Erlaubnis und Bewilligung (§ 10 WHG)	58
6. Erlaubnis-, Bewilligungsverfahren (§ 11 WHG)	59
7. Voraussetzungen für die Erteilung der Erlaubnis und Bewilligung, Bewirtschaftungsermessen (§ 12 WHG)	59
a) Voraussetzungen für die Erteilung der Erlaubnis und Bewilligung (§ 12 Absatz 1 WHG)	60
aa) Keine schädlichen Gewässerveränderungen (§ 12 Absatz 1 Nummer 1 WHG)	60
bb) Erfüllung anderer Anforderungen nach öffentlich-recht- lichen Vorschriften (§ 12 Abs. 1 Nummer 2 WHG)	62
b) Bewirtschaftungsermessen (§ 12 Absatz 2 WHG)	62
8. Inhalts- und Nebenbestimmungen der Erlaubnis und Bewilli- gung (§ 13 WHG)	62
a) § 13 Absatz 1 WHG	62
b) § 13 Absatz 2 WHG	62
c) § 13 Absatz 3 WHG	63
9. Besondere Vorschriften für die Erteilung der Bewilligung (§ 14 WHG)	63
10. Gehobene Erlaubnis (§ 15 WHG)	64
a) § 15 Absatz 1 WHG	65
b) § 15 Absatz 2 WHG	66
11. Ausschluss privater Abwehransprüche (§ 16 WHG)	66
12. Zulassung des vorzeitigen Beginns (§ 17 WHG)	66
13. Widerruf der Erlaubnis und der Bewilligung (§ 18 WHG)	67
14. Planfeststellung und bergrechtliche Betriebspläne (§ 19 WHG)	67
15. Alte Rechte und alte Befugnisse (§ 20 WHG)	69
16. Anmeldung alter Rechte und Befugnisse (§ 21 WHG)	69
17. Ausgleich zwischen konkurrierenden Gewässerbenutzungen (§ 22 WHG)	69
18. Rechtsverordnungen zur Gewässerbewirtschaftung (§ 23 WHG)	70
a) § 23 Absatz 1 WHG	70
aa) Grundsätzliches	70
bb) Die Verordnungsermächtigungen des Absatzes 1	70
b) § 23 Absatz 2 WHG	73
19. Erleichterungen für EMAS-Standorte (§ 24 WHG)	73
II. Bewirtschaftung oberirdischer Gewässer (§§ 25–42 WHG)	74
1. Gemeingebrauch (§ 25 WHG)	75
2. Eigentümer- und Anliegergebrauch (§ 26 WHG)	76
3. Bewirtschaftungsziele für oberirdische Gewässer (§ 27 WHG)	78
4. Einstufung künstlicher und erheblich veränderter Gewässer (§ 28 WHG)	78
5. Fristen zur Erreichung der Bewirtschaftungsziele (§ 29 WHG)	78
6. Abweichende Bewirtschaftungsziele (§ 30 WHG)	79

Inhaltsverzeichnis

7. Ausnahmen von den Bewirtschaftungszielen (§ 31 WHG)	79
8. Reinhaltung oberirdischer Gewässer (§ 32 WHG)	80
9. Mindestwasserführung (§ 33 WHG)	80
a) Entstehung des § 33 WHG	81
b) Inhalt des § 33 WHG	82
10. Durchgängigkeit oberirdischer Gewässer (§ 34 WHG)	82
a) Grundsätzliches	82
b) Zu den Absätzen im Einzelnen	83
aa) Absatz 1	83
bb) Absatz 2	83
cc) Absatz 3	83
11. Wasserkraftnutzung (§ 35 WHG)	84
a) Absatz 1	84
b) Absatz 2	85
c) Absatz 3	85
d) Länderöffnungsklausel	86
12. Anlagen in, an, über und unter oberirdischen Gewässern (§ 36 WHG)	86
13. Wasserabfluss (§ 37 WHG)	87
14. Gewässerrandstreifen (§ 38 WHG)	88
a) Entstehung des neuen § 38 WHG	88
aa) Die Position des Bundesrats	88
bb) Die Stellungnahme der Bundesregierung	89
cc) Abschliessende Entscheidung des Bundestags	90
b) Inhalt des § 38 im Einzelnen	90
15. Gewässerunterhaltung (§ 39 WHG)	92
16. Träger der Unterhaltungslast (§ 40 WHG)	93
17. Besondere Pflichten bei der Gewässerunterhaltung (§ 41 WHG)	95
18. Behördliche Entscheidungen zur Gewässerunterhaltung (§ 42 WHG)	96
a) Absatz 1	96
b) Absatz 2	96
III. Bewirtschaftung von Küstengewässern (§§ 43–45 WHG)	97
IV. Bewirtschaftung des Grundwassers (§§ 46–49 WHG)	97
1. Erlaubnisfreie Benutzungen des Grundwassers (§ 46 WHG)	97
a) Absatz 1	97
b) Absatz 2	98
c) Absatz 3	98
2. Bewirtschaftungsziele für das Grundwasser (§ 47 WHG)	99
3. Reinhaltung des Grundwassers (§ 48 WHG)	100
a) Inhalt des § 48 WHG	100
b) Weitere Bundesratanträge zu § 48 WHG	101
aa) Ergänzung des § 48 Absatz 1 WHG	101
bb) Entschließung zu § 48 Absatz 1 WHG	101
4. Erdaufschlüsse (§ 49 WHG)	101
C. Besondere wasserwirtschaftliche Bestimmungen (§§ 50–95 WHG)	103
I. Öffentliche Wasserversorgung, Wasserschutzgebiete, Heilquellen- schutz (§§ 50–53 WHG)	103
1. Öffentliche Wasserversorgung (§ 50 WHG)	103
a) Absatz 1	103
b) Absatz 2	104

Inhaltsverzeichnis

c) Absatz 3	104
d) Absatz 4	104
e) Absatz 5	104
2. Festsetzung von Wasserschutzgebieten (§ 51 WHG)	105
a) Absatz 1	105
b) Absatz 2	105
3. Besondere Anforderungen in Wasserschutzgebieten (§ 52 WHG)	105
a) Absatz 1	106
aa) Satz 1	106
bb) Satz 2	106
cc) Satz 3	106
b) Absatz 2	106
c) Absatz 3	107
d) Absatz 4	107
e) Absatz 5	107
4. Heilquellenschutz (§ 53 WHG)	107
a) Absatz 1	107
b) Absatz 2	107
c) Absatz 3	108
d) Absatz 4	108
II. Abwasserbeseitigung (§§ 54–61 WHG)	108
1. Abwasser, Abwasserbeseitigung (§ 54 WHG)	108
2. Grundsätze der Abwasserbeseitigung (§ 55 WHG)	109
3. Pflicht zur Abwasserbeseitigung (§ 56 WHG)	109
a) Sätze 1 und 2	109
aa) Zum Inhalt	109
bb) Keine Weiterführung des bisherigen § 18 a Absatz 2 a WHG	109
b) Satz 3	110
4. Einleiten von Abwasser in Gewässer (§ 57 WHG)	110
a) Absatz 1	110
b) Absätze 2 und 3	111
5. Einleiten von Abwasser in öffentliche Abwasseranlagen (§ 58 WHG)	111
a) Absatz 1	111
b) Absatz 2	112
c) Absatz 3	112
d) Absatz 4	112
6. Einleiten von Abwasser in private Abwasseranlagen (§ 59 WHG)	112
a) Absatz 1	112
b) Absatz 2	113
7. Abwasseranlagen (§ 60 WHG)	113
a) Absatz 1	113
b) Absatz 2	113
c) Absatz 3	113
d) Absatz 4	114
8. Selbstüberwachung bei Abwassereinleitungen und Abwasser- anlagen (§ 61 WHG)	114
a) Absatz 1	114
b) Absatz 2	115
c) Absatz 3	115

Inhaltsverzeichnis

III. Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (§§ 62–63 WHG)	115
1. Anforderungen an den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (§ 62 WHG)	115
a) Absatz 1	115
b) Absatz 2	116
c) Absatz 3	116
d) Absatz 4	117
e) Absatz 5	117
f) Absatz 6	117
2. Eignungsfeststellung (§ 63 WHG)	118
a) Absatz 1	118
b) Absatz 2	118
c) Absatz 3	119
IV. Gewässerschutzbeauftragte (§§ 64–66 WHG)	119
1. Bestellung von Gewässerschutzbeauftragten (§ 64 WHG)	119
2. Aufgaben von Gewässerschutzbeauftragten (§ 65 WHG)	119
3. Weitere anwendbare Vorschriften (§ 66 WHG)	120
V. Gewässerausbau, Deich-, Damm- und Küstenschutzbauten (§§ 67–71 WHG)	120
1. Grundsatz, Begriffsbestimmung (§ 67 WHG)	120
a) Absatz 1	120
b) Absatz 2	120
2. Planfeststellung, Plangenehmigung (§ 68 WHG)	121
a) Absatz 1	121
b) Absatz 2	121
c) Absatz 3	121
3. Abschnittsweise Zulassung, vorzeitiger Beginn (§ 69 WHG)	122
4. Anwendbare Vorschriften, Verfahren (§ 70 WHG)	122
a) Absatz 1	122
b) Absätze 2 und 3	123
5. Enteignungsrechtliche Vorwirkung (§ 71 WHG)	123
VI. Hochwasserschutz (§§ 72–81 WHG)	124
1. Hochwasser (§ 72 WHG)	125
2. Bewertung von Hochwasserrisiken, Risikogebiete (§ 73 WHG)	125
a) Absatz 1	125
b) Absatz 2	126
c) Absatz 3	126
d) Absatz 4	126
e) Absatz 5	127
f) Absatz 6	127
3. Gefahrenkarten und Risikokarten (§ 74 WHG)	127
a) Absatz 1	127
b) Absatz 2	127
c) Absatz 3 und 4	127
d) Absatz 5	127
e) Absatz 6	127
4. Risikomanagementpläne (§ 75 WHG)	128
a) Absatz 1	128
b) Absatz 2	128
c) Absatz 3	128
d) Absätze 4 bis 6	128

Inhaltsverzeichnis

5. Überschwemmungsgebiete an oberirdischen Gewässern	
(§ 76 WHG)	129
a) Absatz 1	129
b) Absatz 2	129
c) Absatz 3	130
d) Absatz 4	130
6. Rückhalteflächen (§ 77 WHG)	131
7. Besondere Schutzvorschriften für festgesetzte Überschwemmungsgebiete (§ 78 WHG)	131
a) Absatz 1	131
b) Absätze 2 bis 4	132
aa) Absatz 2	132
bb) Absatz 3	132
cc) Absatz 4	133
c) Absatz 5	133
d) Absatz 6	134
8. Information und aktive Beteiligung (§ 79 WHG)	134
a) Absatz 1	134
b) Absatz 2	134
9. Vermittlung durch die Bundesregierung (§ 81 WHG)	134
VII. Wasserwirtschaftliche Planung und Dokumentation	
(§§ 82–88 WHG)	135
1. Maßnahmenprogramm (§ 82 WHG)	135
2. Bewirtschaftungsplan (§ 83 WHG)	135
a) Absätze 1 bis 3	135
b) Absatz 4	136
3. Fristen für Maßnahmenprogramme und Bewirtschaftungspläne (§ 84 WHG)	136
4. Aktive Beteiligung interessierter Stellen (§ 85 WHG)	136
5. Veränderungssperre zur Sicherung von Planungen	
(§ 86 WHG)	136
a) Absatz 1	136
b) Absätze 2 und 3	137
c) Absatz 4	137
6. Wasserbuch (§ 87 WHG)	137
a) Absatz 1	137
b) Absatz 2	137
c) Absatz 3	137
d) Absatz 4	138
7. Informationsbeschaffung und -übermittlung (§ 88 WHG)	138
a) Absatz 1	138
b) Absatz 2	138
c) Absatz 3	138
d) Absatz 4	139
e) Absatz 5	139
VIII. Haftung für Gewässerveränderungen (§§ 89–90 WHG)	139
1. Haftung für Änderungen der Wasserbeschaffenheit	
(§ 89 WHG)	139
a) Absatz 1	139
b) Absatz 2	139
2. Sanierung von Gewässerschäden (§ 90 WHG)	140
IX. Duldungs- und Gestattungspflichten (§§ 91–95 WHG)	140
1. Gewässerkundliche Maßnahmen (§ 91 WHG)	140

Inhaltsverzeichnis

2. Veränderung oberirdischer Gewässer (§ 92 WHG)	140
a) Satz 1	140
b) Satz 2	141
3. Durchleitung von Wasser und Abwasser (§ 93 WHG)	141
4. Mitbenutzung von Anlagen (§ 94 WHG)	141
a) Absatz 1	141
b) Absatz 2	142
c) Absatz 3	142
5. Entschädigung für Duldungs- und Gestattungsverpflichtungen (§ 95 WHG)	142
D. Entschädigung, Ausgleich (§§ 96–99 WHG)	142
I. Art und Umfang von Entschädigungspflichten (§ 96 WHG)	143
1. Absätze 1 und 2	143
2. Absatz 3	143
3. Absatz 4	143
4. Absatz 5	143
II. Entschädigungspflichtige Person (§ 97 WHG)	144
III. Entschädigungsverfahren (§ 98 WHG)	144
1. Absatz 1	144
2. Absatz 2	144
IV. Ausgleich (§ 99 WHG)	144
E. Gewässeraufsicht (§§ 100–102 WHG)	145
I. Aufgaben der Gewässeraufsicht (§ 100 WHG)	145
1. Absatz 1	145
2. Absatz 2	145
II. Befugnisse der Gewässeraufsicht (§ 101 WHG)	145
III. Gewässeraufsicht bei Anlagen und Einrichtungen der Verteidigung (§ 102 WHG)	146
F. Bußgeld- und Überleitungsbestimmungen (§§ 103–106 WHG)	146
I. Bußgeldvorschriften (§ 103 WHG)	146
II. Überleitung bestehender Erlaubnisse und Bewilligungen (§ 104 WHG)	146
1. Absatz 1	146
2. Absatz 2	147
III. Überleitung bestehender sonstiger Zulassungen (§ 105 WHG)	147
1. Absatz 1	147
2. Absatz 2	147
3. Absatz 3	147
4. Absatz 4	147
5. Absatz 5	147
IV. Überleitung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen (§ 106 WHG)	148
1. Absätze 1 und 2	148
2. Absatz 3	148
G. Anlage 1 und 2 zum WHG	148
Anhang: Synopse WHG n.F. – WHG a.F.	149
Sachverzeichnis	239